

setzt, wie die AUA bestätigte. Variable Bestandteile, die mit einem Unternehmenserfolg verbunden gewesen wären, gebe es angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ohnedies nicht, heißt es aus der AUA.

Dass Manager-Prämien dennoch ein Thema sein sollen, empört Arbeitnehmervertreter, die zudem

im Konzepte kritisch hinterfragen. Auch bei anderen Vergütungen (etwa Aufsichtsratsvergütungen) wollen kritische Arbeitnehmervertreter angesetzt wissen.

Befristete Bezüge kürzungen hat es bei der AUA immer wieder gegeben: Nach dem „9/11“-Krisenjahr 2001 etwa hatte die Fluggesellschaft neben einem massiven Personalabbau bereits einmal einen

zern über acht Prozent nur ein Jahr praktiziert. Der Vorstand hatte zum Beispiel auch 2004 ein Jahr lang auf zehn Prozent des Grundgehalts verzichtet.

Die Sparpläne waren am Montag Thema sozialpartnerschaftlicher Gespräche sowie des AUA-Aufsichtsrats, der zu Redaktionschluss noch im Gange war. Wie berichtet will der Vorstand heuer

re 200 Mio. EU
achter glauben
nahmen letztli
scher ausfaller
ein größerer Pe
meidlich sein
noch herumzu
AUA-Aufsicht
ter Michaelis
Woche die Ru
stellt: Greife d
die AUA nicht
Insolvenz der
zeit 8000 Beso
Fall verhindern
gerbanken. Zu
Schiefelage der
chen Töpfe (w
fonds) Sorgen,
tet wären.

Vom aktuelle
auch ab, ob die
Dezember gew
über 200 Mio.
Hätte es Ende D
erste Tranche v
geben, wäre di
einmal bedrohli
Ein Polster ist a
Schuldentilgun
ten Wochen nöt

Fremdwährungskredite: Oberbank lenkt ein

Künftig keine Zwangskonvertierungen, Kunden können in Frankendarlehen zurück

Gabriele Kolar

Wien – Zwischen dem Konsumentenschutzministerium und der Oberbank zeichnet sich in der Frage der gesetzeswidrigen Vertragsklauseln zur Zwangskonvertierung von Fremdwährungskrediten eine Einigung ab. Allerdings nicht für alle von Zwangskonvertierungen betroffenen Kunden, weshalb die Arbeiterkammer Niederösterreich (AK NÖ) der Bank auch weiterhin mit einer Musterklage droht.

„Eine unbedingte Unterlassungserklärung“ werde die Oberbank noch in dieser Woche unterzeichnen, erwartet Beate Blaschek, Leiterin der Abteilung Finanzdienstleistung und Verbraucherbildung im Konsumentenschutzministerium. Das bedeutet, dass die Oberbank künftig auf die umstrittene „Zehn-Prozent-Klausel“ in Fremdwährungskreditverträgen verzichten und sie bei schon bestehenden Verträgen nicht mehr anwenden wird.

Im Herbst 2008 hatte diese auch „Stop-Loss-Klausel“ genannte Vereinbarung bei einem kurzfristigen Anstieg des Schweizer Franken zur Konvertierung vieler Darlehen geführt. Allerdings ohne die bei Vertragsabschluss meist mündlich vereinbarte Vorwarnung der Kunden und ohne den Kunden zu ermöglichen, durch weitere Besicherungen des Kredits eine Konvertierung vermeiden zu können, wie die AK NÖ kritisiert.

Während die Oberbank nun anscheinend auch bereit ist, den zwangskonvertierten Kreditnehmern anzubieten, wieder in Frankendarlehen zu wechseln und einen Teil der Kosten dafür übernehmen will, soll es für Kreditkunden, die im Euro bleiben, kein Abschlagsangebot für die Verluste aus der Konvertierung geben.

„Man redet nur über Abschlagszahlungen für Leute die in den Franken zurück wechseln wollen, aber damit sind wir nicht zufrieden“, erklärte AK-Konsumentenschützer Manfred Neubauer. Eine Abschlagszahlung von 50 Prozent der erlittenen Verluste wäre für Neubauer „ein gangbarer Weg. Wenn sich die Bank aber nicht mit uns einigt, werden wir Musterprozesse führen müssen“.

Schlichtungsstelle

Auch der grüne Parlamentsabgeordnete Peter Pilz will in Sachen Fremdwährungskredite aktiv werden. Die Grünen fordern ein gesetzliches Verbot von Zwangskonvertierungen und eine Schlichtungsstelle für bereits aus Zwangskonvertierungen entstandene Schäden. „Es sollte auch ein verpflichtendes Frühwarnsystem geben, wo bei Wechselkursänderungen die weitere Vorgehensweise besprochen wird, aber nichts erzwungen werden kann. Das Risiko trägt ja ohnehin immer der Kunde“, sagte Pilz. Fälle von Zwangskonvertierungen hat es unter anderem

auch in der Volksbanken-Gruppe und bei der Bank Austria gegeben.

Auch bei Finanzdienstleistern wollen die Grünen strengere Auflagen. Das Berufsbild Finanzdienstleistungsassistent soll aus dem Gesetz gestrichen werden, sagte Pilz. Auch „pyramidenspielerartige“ Systeme der Provisionsverteilung bei Finanzdienstleistern sollen verboten werden.

Reich werden

61-jähriger gelang es, schwedisches Spiel

André Anwar

Kopenhagen – Eigentlich, so will man meinen, kennt jedes Kind den Unterschied zwischen Spielgeld (wie man es etwa bei Monopoly verwendet) und echtem Geld. Einer Schwedin ist es in Dänemark nun aber gelungen, einen Angestellten der Nordea Bank hinteres Licht zu führen.

Die 61-jährige suchte die Nordea-Filiale im dänischen Svendborg auf, legte zwei schwedische Monopoly-Spielgeldscheine mit einem fiktiven Wert von 2000 schwedischen Kronen auf das Schalterpult und bekam dafür 1400 echte dänische Kronen. Mit Quittung und zum offiziellen Wechselkurs. Und dies, obwohl

aus den Spielg
dünnem Papier
schwedische Kr
blickte – so wi
schwedisches T
Überrascht v
verließ die Frau
se hatte sie ja r
polyspielgeld – e
tersruhestand ze
ab. Und so fasste
und ging am näc
zur Bank – diese
mehr Spielgeld.
8000 schwedisch
das Pult legte, ri
Polizei – wegen I
Die Mitarbeiter
geld mittlerweile
ren gewarnt. D
Dame behauptet,